

# Brauereiarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbands Deutscher Brauereiarbeiter u. verw. Berufsgenossen.

Erscheint wöchentlich Freitags. Redaktionschluss Dienstag früh 8 Uhr.  
Druck von Meister & Co., Hannover.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Fr. Krieg, Hannover.  
Redaktion und Expedition: Hannover, Münzstraße 5, III.

Bezugspreis: 2,10 M pro Quartal, unter Kreuzband 2,70 M.  
Inserate: die sechsgepaltene Kolonelle 40 S, für Mitgl. 30 S

Nr. 9.

Hannover, 1. März 1907.

17. Jahrg.

## Zur Wahl des Verbandsvorsitzenden.

Für die Wahl des Verbandsvorsitzenden gelten die Bestimmungen des Wahreglements zur Wahl der Delegierten zum Verbandstag, soweit sie Anwendung finden können.

Zur Wahl stehen die Kollegen

**Martin Gmel, z. St. Hannover,  
Geinrich Wittich, Frankfurt a. M.**

Die Wahl erfolgt im ganzen Verband am

**Sonntag, den 10. März 1907.**

Die Wahl ist eine geheime; sie erfolgt durch Stimmzettel, welche den Wahlstellen vom Verbandsvorstand zugestellt werden, und welche diese, mit dem Ortsstempel versehen, auch an die etwaigen Zweigstellen der Wahlstelle nach der Zahl der dort vorhandenen Mitglieder zu überweisen haben.

Einzelwähler beim Verbandsvorstand erhalten die Stimmzettel von diesem zugestellt und können den Stimmzettel nach Streichung eines Namens per Druckfache im unverschlossenen Kuvert, mit 3 Pf. frankiert, an den Verbandsvorstand am 10. März einsenden.

Wahlberechtigt ist jedes Verbandsmitglied, das mit seinen Beiträgen nicht länger als 10 Wochen im Rückstande ist (§ 13 des Statuts).

Auf der Reise befindliche Mitglieder wählen an dem Verbandsort, an dem sie sich am Tage der Wahl befinden, jedoch haben dieselben hinter ihrem Namen in der Wählerliste den Vermerk „Auf der Reise“ zu machen.

Das Wahllokal bestimmt die Ortsverwaltung. Größere Orte können in mehrere Bezirke mit je einem Wahllokal eingeteilt werden.

Die Wahlvorstände zur Leitung der Wahl in jedem Wahllokal, bestehend aus drei Personen, ernannt die Ortsverwaltung; wo eine solche nicht besteht, der Bevollmächtigte des Vorstandes.

Wahlvorstand kann jedes wahlberechtigte Mitglied werden.

Die Einteilung der Wahlbezirke an größeren Orten nebst den dazu gehörigen Wahllokale ist den Mitgliedern zeitig genug vorher bekannt zu geben.

Die Wahlhandlung hat zu erfolgen in der Zeit von morgens 10 Uhr bis abends 6 Uhr. Innerhalb dieser Zeit ist die Dauer der Wahlhandlung zu bestimmen, ist den einzelnen Ortsverwaltungen überlassen.

Während der Wahlhandlung darf sich kein Mitglied des Wahlvorstandes auf längere Zeit entfernen. Mindestens zwei Wahlvorstandsmitglieder müssen stets der Wahlhandlung beiwohnen.

Der Beginn der Wahlhandlung muß an dem von der Ortsverwaltung festgesetzten Zeitpunkt pünktlich erfolgen. Zunächst legitimiert sich der Wahlleiter durch Vorlegung seines Mitgliedsbuches, schreibt seinen Namen in die bereitliegende Liste ein, legt dann seinen Stimmzettel in der unten angegebenen Weise in den hierzu bestimmten Behälter. In der gleichen Weise gehen die übrigen Mitglieder des Wahlvorstandes ihrer Stimmen ab; erst hierauf folgen die etwa anmeldenden Mitglieder.

Jedes wählende Mitglied erhält im Wahllokal oder vorher einen mit dem Abdruck des Vorstandestempels versehenen Stimmzettel und hat auf denselben einen Namen zu schreiben. Der Stimmzettel ist vor der Abgabe so zusammenzufalten, daß der Name nicht von außen sichtbar ist. Vor der Abgabe des Stimmzettels hat sich das wählende Mitglied durch Vorlegen des Mitgliedsbuches zu legitimieren und seinen Namen in die aufliegende Wählerliste einzuschreiben. Erst wenn dies geschehen ist, darf der Wahlleiter das Einlegen des Stimmzettels in den dafür bestimmten Behälter gestatten. Das Einlegen des Stimmzettels erfolgt durch den Wähler selbst, doch hat der Wahlleiter darauf zu achten, daß von jedem Wähler nur ein Stimmzettel und dieser dann vorchriftsmäßig abgegeben wird. Mitglieder, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, sind zur ordnungsmäßigen Abgabe ihres Stimmzettels zu veranlassen, und wenn sie sich dessen weigern, zurückzuweisen.

Unter keinen Umständen darf der Wahlvorstand ein Mitglied zur Wahlhandlung zulassen, das sich nicht durch sein Mitgliedsbuch legitimiert und in die Wählerliste eingetragen hat. Auch dann nicht, wenn das Mitglied ihm persönlich als solches bekannt ist.

Die Kontrolle der wählenden Mitglieder erfolgt in folgender Weise: Jedes wählende Mitglied legt zunächst dem damit beauftragten Wahlvorstandsmitglied sein Mitgliedsbuch vor. Das Wahlvorstandsmitglied prüft dasselbe darauf hin, ob das Mitglied nicht über 10 Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstand ist; ergibt sich hierbei, daß das Mitglied über 10 Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstand ist, so ist das betreffende Mitglied zurückzuweisen und zu veranlassen, daß es sein Mitgliedsbuch in Ordnung bringt, bzw. durch die Ortsverwaltung in Ordnung bringen läßt. Ist dies geschehen oder ist das Mitgliedsbuch von vornherein in Ordnung, so ist das betreffende Mitglied zu veranlassen, daß es seinen Namen in die Wählerliste einzeichnet.

Kein Mitglied darf sein Mitgliedsbuch zurückhalten, bevor dasselbe abgestempelt ist.

Abgestempelt wird im Mitgliedsbuch auf der Innenseite des Vorderdeckels die obere Rubrik „zum Gewerkschaftslogoreiß“, weil die Vorspendenwahl nicht vorgezogen ist.

Denjenigen Mitgliedern, die durch ganzen Tagesdienst verhindert sind, in der vorgeschriebenen Zeit ihren Stimmzettel persönlich abzugeben, ist es gestattet, sich schon vor der Wahl einen Stimmzettel vom Vorsitzenden aushändigen zu lassen, diesen auszufüllen und im verschlossenen Kuvert dem Vertrauensmann der betreffenden Kategorie oder einem anderen Mitglied zur vorchriftsmäßigen Abgabe an der Wahlurne mitzugeben, wobei das Mitgliedsbuch des verhandelnden Wählers vorzuzeigen und abzustempeln ist.

Die Wahlhandlung ist genau zu der festgesetzten Zeit zu schließen. Ein früherer Schluß der Wahlhandlung ist nur zulässig, wenn vor der für den Schluß vom Zentralwahlkomitee festgesetzten Zeit alle Mitglieder einer Verwaltungsstelle gewählt haben.

In einem wie im anderen Falle ist die Wahlhandlung vom Wahlleiter für „geschlossen“ zu erklären.

Nach Schluß der Wahlhandlung darf unter keinen Umständen noch ein Wähler zur Abgabe seiner Stimme zugelassen werden.

Die Zusammenstellung des Wahlergebnisses erfolgt in jedem Wahllokal unmittelbar nach Schluß der Wahlhandlung in folgender Weise:

Zunächst wird die Zahl der zur Wahl Erschienenen aus der Wählerliste festgestellt.

Hierauf findet ein Durchzählen der abgegebenen, jedoch noch uneröffneten Stimmzettel statt, und erst, nachdem diese

Feststellungen in der gründlichsten, jeden Irrtum ausschließenden Weise geschehen sind, wird zur Eröffnung der Stimmzettel geschritten.

Stimmzettel sind ungültig, wenn sie nicht mit dem Stempelabdruck des Vorstandes versehen sind;

wenn nicht einer der vorgebrachten Namen durchstrichen ist; wenn mehrere Stimmzettel mit verschiedenen Namen zusammengefaßt abgegeben wurden, sind diese sämtlich ungültig.

Eragen mehrere zusammengefaßte, von einem Wähler abgegebene Stimmzettel einen Namen, so ist von diesen nur einer gültig.

Ueber das Ergebnis der Wahl ist ein Protokoll anzunehmen; die Vorlagen werden den Wahlstellen zugesandt.

Die Einfindung des Wahlergebnisses (Protokoll und Wählerlisten) an den Verbandsvorstand hat sofort nach Feststellung des Resultats und Anfertigung des Protokolls zu erfolgen. Die Stimmzettel bleiben in den Wahlstellen aufbewahrt und müssen auf Verlangen des Verbandsvorstandes eingesandt werden.

Der Verbandsvorstand.

## Der Angriff auf das Koalitionsrecht der Bierfahrer abgeklagen.

Wir haben in voriger Nummer mitgeteilt, wie die Bremer Brauereivereinigung (Sozietät) nach Bekanntgabe des Brauereiarbeiterverbandes, daß die organisierten Bierfahrer, ebenso wie alle anderen Brauereiarbeiter, mit Kontrollkarten versehen sind, an die Bierfahrer die kategorische Erklärung abgaben:

Wer bis Mittwoch, den 20. Februar, nicht schriftlich erklärt habe, daß er dem Brauereiarbeiterverband nicht mehr angehöre und, solange er Bier ausbringe, nicht mehr beitreten wolle, der würde am Freitag, den 22. Februar, entlassen.

Der Revers, den die Sozietät von den Bierfahrern zu unterzeichnen verlangte, lautete:

„Die unterzeichneten Bierfahrer und Mitfahrer der Brauerei N. N. erklären hierdurch, daß sie dem Verband nicht angehören oder, wenn sie demselben angehört haben, ausgetreten sind. Die Unterzeichneten sind davon verständigt worden, daß ihnen ein Wiedereintritt in den Zentralverband Deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen, so lange sie Bierfahrer oder regelmäßige Mitfahrer sind, nicht gestattet ist.“

Nachdem die Brauereiarbeiterversammlung am Sonntag, den 17. Februar, stattgefunden, die zeigte, daß sich die Bierfahrer nicht einschüchtern ließen, und daß die Brauereiarbeiter wie ein Mann hinter den Bierfahrern stehen, möchte den Herren Unternehmern die Ausführung ihres Planes, die Bierfahrer auf diese Weise von der Organisation abzuhalten, sie vielmehr aus der Organisation herauszutreiben, wohl nicht mehr so leicht erscheinen sein, und inzwischen möchten sie wohl auch zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß sie doch etwas zu offen ihr Ziel verfolgten — sie hängten dem Revers noch folgenden Nachsatz an:

„Es sei denn, daß der Zentralverband seine jetzigen Zwangsmaßnahmen zum Eintritt der Bierfahrer in den Verband aufhebe.“

woßl um ihrem Vorgehen einen Schein der Berechtigung zu geben.

Es ist menschlich erklärlich und in solchen Situationen zu verstehen, daß die Unternehmer, die selbst die unerhörtesten Zwangsmaßnahmen androhen und anwenden, die Arbeiterorganisation dessen bezichtigen, gegen die sich ihre Zwangsmaßnahmen richten. Unter Aufhebung dieser „Zwangsmaßnahmen“ konnten sie doch nur die Zurückziehung der Kontrollkarten verstehen, doch die Bierfahrer und Mitfahrer haben den Herren zu wissen getan, auch die unorganisierten, daß sie eine Zwangsmaßregel in den Maßnahmen des Brauereiarbeiterverbandes nicht erblicken und daß sie den ihnen von der Bremer Brauerei-Sozietät aufgewungenen Kampf aufnehmen. Dem gegenüber ist es interessant, festzustellen, welche rührende Sorgfalt die Unternehmer entwickelten, um — man lache nicht — die bedrohte Koalitionsfreiheit zu schützen. In einer „Bekanntmachung“ in den „Bremer Nachrichten“ schreibt die Bremer Brauerei-Sozietät zu den Maßnahmen des Brauereiarbeiterverbandes:

„Es ist dies ein frecher Angriff auf die Koalitionsfreiheit, es ist dies der Koalitionszwang in schlimmster Form.“

Diesem Terrorismus mußten wir uns im Interesse unserer Angestellten und auch im Interesse derjenigen Kollegen, die durch den Minderabzug ihrer nicht im Verbands befindlichen Kundschaftsfahrer Schäden leiden, entgegenstellen.

Der einzig mögliche Weg, dieses zu erreichen, ist der, daß wir die dem Verbands angehörigen Bierfahrer kündigung.“

Ueber wirklichen Terrorismus aber, seitens der Unternehmer ausgeübt, könnten wir den Herren ja eine kleine Vorlesung halten, nebenbei gesagt. Aber man beachte: Nach Ansicht der Unternehmer liegt es im Interesse der Angestellten, wenn sie der Organisation, die ihre Interessen vertritt, nicht angehören, und wenn sie ihre Angestellten auf die Straße werfen, sofern sie nicht aus der Organisation austreten. Bedarf es noch eines weiteren Eingehens auf diese „rührende Sorgfalt“ der Unternehmer für ihre Angestellten, und nennt man dieses nicht mit Recht Terrorismus?!

Die Bremer Brauherren haben ihre rührende Sorgfalt für ihre Angestellten in die Tat umgesetzt. Am Sonnabend, den 23. Februar, früh, meldeten sich bereits etwa 100

ausgesperrte Bierfahrer, welche den berichtigten Revers der Unternehmer nicht unterschrieben. Andererseits wurde ein ungeheurer Zwang ausgeübt, um zur Unterschrift zu veranlassen, teilweise mit Erfolg. Man ging soweit, daß man Wiederrufe der unter Zwang abgegebenen Unterschrift der Bierfahrer nicht annahm. Der Kampf auf der ganzen Linie schien unvermeidlich.

Am Sonnabendnachmittag fand eine Sitzung der beiderseitigen Kommissionen statt, die noch zu keinem endgültigen Resultat führte. Zu diesen Verhandlungen wurde in einer am selben Abend tagenden öffentlichen Brauereiarbeiter-versammlung Stellung genommen. Den Bericht gab Kollege Gmel. Die von den Unternehmern vorgenommenen Maßregelungen bezeichnete er als einen eklatanten Vertragsbruch. Im Namen des Hauptvorstandes konnte der Redner die Erklärung abgeben, daß in diesem Falle der Kampf aufgenommen werden müsse, wenn die Unternehmer auf dem eingenommenen Standpunkt beharren sollten. Auf diesen Kampf dürfe der Verband der Brauereiarbeiter nicht verzichten, weil es sich um eine prinzipielle Frage handele. Soweit es die Ehre des Verbandes zuließ, waren dessen Vertreter den Unternehmern in den Verhandlungen entgegengekommen. Auf den Vorschlag der Unternehmer, bis zum Ablauf des Tarifs die Kontrollkarten abzuschaffen, hatten die Verbandsvertreter den Vorschlag gemacht, daß in Zukunft die Annoncen des Brauereiarbeiterverbandes in der Weise verfaßt werden sollten, daß sämtliche organisierten Brauereiarbeiter mit Kontrollkarten versehen sind. Die Brauherren wollten sich aber nicht dazu verstehen, auf diesen Vorschlag einzugehen. Am Sonntagmorgen sollten die Verhandlungen fortgesetzt werden, wenn diese zu keinem befriedigenden Resultat führten, dann komme es zum Kampf.

Die Verhandlungen brachten eine Einigung. Die Kontrollkarten bleiben bestehen, der Hinweis auf dieselben in der Presse erscheint in anderer Form, die den Schutz der Bierfahrer als Verbandsmitglieder durchaus sicherstellt, und die Unternehmer gaben ihrerseits folgende Erklärung ab:

„Die Mitglieder der Bremer Brauerei-Sozietät ziehen die Reverte zurück. Die bereits erfolgten Unterschriften werden zurückgegeben und wird ausdrücklich betont, daß dem Beitritt oder der Zugehörigkeit zum Brauereiarbeiterverband seitens der Mitglieder der Bremer Brauerei-Sozietät keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt am Montag, den 25. Februar, morgens, alle Entlassenen treten auf ihre bisher innegehabten Posten. Maßregelungen finden beiderseits nicht statt.“

Eine am Sonntag, den 24. Februar, tagende Brauereiarbeiter-versammlung erklärte sich mit der Vereinbarung einverstanden, der Frieden ist wieder hergestellt.

Der Angriff auf das Koalitionsrecht ist abgeklagen, ein Erfolg, erzielt durch die Einigkeit der Brauereiarbeiter, durch die geschlossene Organisation.

Brauereiarbeiter, und speziell ihr Bierfahrer, Feherzig dies, und hinein in den Brauereiarbeiterverband, zur Wahrung eures Rechts, zum Schutz eurer Interessen!

## Die Kriminalität der Reichsbevölkerung.

Das kaiserl. Statistische Amt macht seit dem Jahre 1882 eine Kriminalstatistik auf, so daß es nunmehr möglich ist, über die Entwicklung der Kriminalität der Reichsbevölkerung innerhalb von 20 Jahren einen Ueberblick zu gewinnen. Danach ergibt sich, daß die Kriminalität stark gestiegen ist. Wir geben in nachstehendem die Hauptzahlen von 2 zu 2 Jahren bis zum Jahre 1903, über das die letzten Daten vorliegen, wieder:

Jahr	Gesamtzahl der Verurteilten	Auf 100 000 der im Jahre beginnenden Bevölkerung	Zunahme der Verurteilten im Verhältnis zur strafmündigen Zivilbevölkerung	
			in 2 Jahren	seit 1882
1882	315 849	996	—	—
1884	328 492	1025	+ 2,9 %	+ 2,9 %
1886	333 420	1020	— 0,5 „	— 2,4 „
1888	329 244	984	— 3,5 „	— 1,2 „
1890	362 163	1049	+ 6,6 „	+ 5,3 „
1892	403 592	1149	+ 9,5 „	+ 15,4 „
1894	428 554	1195	+ 3,9 „	+ 20,0 „
1896	439 684	1197	0,0 „	+ 20,0 „
1898	461 506	1219	+ 1,8 „	+ 22,4 „
1900	456 479	1164	— 4,5 „	+ 16,9 „
1902	499 000	1240	+ 6,5 „	+ 24,4 „
1903	492 468	1203	— 3,0 „	+ 20,8 „

In diesen Zahlen sind die wegen Verletzung der Wehrpflicht Verurteilten nicht enthalten, weil die Verurteilungen fast ausnahmslos gegen Abwesende und lediglich auf Grund der von den Musterungsbehörden bescheinigten Tatsache der Nichtgefestung erfolgen. Sie treffen daher zum Teil Personen, die sich gänzlich nicht am Leben befinden, oder deren

Wespflicht schon längst durch Naturalisation im Auslande und Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit erloschen ist.

Daß eine absolute Zunahme der Verurteilten vorhanden ist, nimmt natürlich nicht Wunder; die Tatsache aber, daß seit 1882 auch im Verhältnis zur Strafmündigen, d. h. zwölf und mehr Jahre alten Bevölkerung die Kriminalität gestiegen ist, und zwar recht erheblich, ist höchst bemerkenswert.

Will man versuchen, den Ursachen dieser Erscheinung auf den Grund zu gehen, so muß man zunächst in Betracht ziehen, daß die nachgewiesenen Bissen nicht die Zeit der Tat, sondern die oft erheblich später erfolgende der Aburteilung angeben. Namentlich, wenn die Prozesse durch alle Instanzen gegangt werden, kann die Zeitdifferenz sehr erheblich sein.

Aus diesen Zahlen ist unzweifelhaft der enge Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Lage und Verbrechen erkennbar. Eine vergleichsweise Heranziehung der Brotpreise würde diesen Zusammenhang noch deutlicher hervortreten lassen.

**Bewegung im Berufe.**

**Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.**

† **Zugung ist fernzuhalten nach Norden, Kottbus, Albedheim, Ridda, Speyer und Pfarrkirchen.**

† **Der „Doornlaan“-Schnaps** ist infolge des Kampfes mit der Brauerei und Brennerei Doornlaan in Norden boykottiert. Kollegen, sorgt für Ausführung dieses Beschlusses!

† **Berlin-Grünau. Streik.** In der Brauerei Norddeutsches Brauhaus haben am Donnerstag, den 21. Februar, 17 Mitglieder unseres Verbandes die Arbeit niedergelegt. Bei der Unterhandlung wegen Annahme des Tarifvertrages stellte sich die Direktion auf einen schroff ablehnenden Standpunkt, den schon seit Jahren bestehenden Arbeitsnachweisvertrag erkannte sie nicht mehr an.

Wie in letzter Stunde gemeldet wird, sind die Differenzen zur weitestgehenden Beseitigung der Beteiligten beigelegt und haben die Streitenden Dienstag früh die Arbeit wieder aufgenommen.

† **Hamburg-Rothenburgsort. (Berichtigung.)** Im Tarifvertrag der Malzfabrik Hamburg-Rothenburgsort, veröffentlicht in Nr. 7 der „Brauererarbeiten-Zeitung“, muß es im Passus bezüglich der Arbeitszeit heißen: „Als Tagelohn gilt von morgens 5 1/2 Uhr bis abends 5 Uhr (nicht 5 1/2 Uhr).“

† **Seiditz-Görsfeld.** An die Brauerei Schmelz, zum Frankensbräu, wurde am 10. Februar ein Kaschtagstarif für die Bierführer eingereicht, entsprechend dem am 13. Februar 1906 abgeschlossenen. Es handelt sich um 1 Mark Zulage pro Woche, welche auch bewilligt wurde.

† **Albedheim.** Nach vierwöchentlichem Streik wurde derselbe bei Bundes Malzfabrik aufgehoben. Ist es auch nicht gelungen, die Streitenden wieder hinein zu bringen und mit dem holländischen Meister neuerlich Verhandlungen anzuknüpfen, so muß er, um die Streikbrecher zu halten, für die beiden Wochen von 1,20 und 1,30 Mk. pro Tag bezahlen. Durch die anhaltende Kälte wurde die Fabrik geradezu von Streikbrechern überlaufen, doch gelang es den Streikposten immerhin, ca. 40 abzuwickeln, welches natürlich dem eifrigen Buchhalter nicht ohne großen Ärger und auch große Kosten verurteilt haben wird.

† **Zangenfatz. Erfolgreiche Lohnbewegung der Malzfabrikarbeiter.** Einen annehmbaren Erfolg haben sich die Arbeiter der beiden hiesigen Malzfabriken erzwungen, nachdem sie sich eine einheitliche kräftige Organisation geschaffen hatten. Erst seit November 1906 organisiert, traten die Arbeiter bereits in eine Lohnbewegung ein. Nachdem in verchiedenen Besprechungen die Frage richtig erwogen war, wurde seitens der Verwaltung im Auftrage der Mitglieder der Tariff für die Malzfabriken abgelehnt. Doch auch hier sollte sich der alte verpönte Herrenstandpunkt wieder zeigen. Beide Direktionen teilten dem Gauleiter mit, daß sie bisher mit „ihren Leuten“ alles allein ausgemacht hätten und sie auch jetzt mit einem „Dritten“ nicht verhandeln könnten, denn man wolle Herr im Hause bleiben. Nichts konnte jedoch abhalten, die Herren um Unterhandlungen anzugehen und es gelang auch, mit ihnen in eine Verhandlung über die Angelegenheit einzutreten.

Nach längerem Verhandeln kam eine christlicher Vertrag zustande, welcher den Arbeitern eine Lohnerhöhung von

2 Mk. und mehr pro Woche einbrachte. Daneben wurde die Arbeitszeit täglich um 2 Stunden vergrößert. In zwei nachfolgenden Kampagnen erhöht sich der Lohn noch um je 1 Mk. pro Woche. Die Zurückhaltung eines sogenannten Kampagnenbundes kommt in Wegfall und wird der Lohn voll ausgezahlt. Alles in allem ist das Erreichte in Anbetracht der sehr jungen Organisation zufriedenstellend und werden die Kollegen dafür sehr dankbar, daß die Organisation als kräftige Schutzwehr bestehen bleibt.

Wie anderwärts, haben auch hier „Bundessführer“ eine erfolgreiche Beendigung der Lohnbewegung sehr erschwert, haben auch hier die ihnen so sehr geläufige Rolle gespielt. Die Unterzeichner mußten sehr gut, daß die Arbeiter auch zum Mittel des Streiks greifen würden, wenn sie nicht genügend Entgegenkommen fänden. Zur „Vorfrage“ hatten sie sich deshalb an den Vorsitzenden des „Bundes“, König-Belzig, gewandt um Vermittlung von Arbeitswilligen. Hier herrschte denn auch das richtige Verständnis für die „Motivation“ der Häftlinge, und König erbot sich, ihnen aus Köln, Duisburg, Andernach, Dortmund usw. Häftlinge zu senden.

† **Pfarrkirchen (Niederbayern). Streik.** Am 27. Januar reichten die Kollegen durch den Verband an die Brauereibesitzer einen Tarifvertragsentwurf ein, der eine Verkürzung der Arbeitszeit, Abschaffung des Kostweins, Erhöhung der Löhne, Regelung des Wohnungswesens usw. vorsah. Nachdem die Brauereibesitzer sich mit ihrer Antwort Zeit ließen, verurteilte die Verbandsvertretung, am 13. und 14. Februar mit den Herren Verhandlungen anzubahnen. Leider mußte man schon beim ersten Unternehmer Dinge hören, daß man hätte davonlaufen können. Dieser Herr meinte, der Mensch beginne erst beim Brauereibesitzer. Der Gauleiter und sein Vertreter verhandelten alles, eine Unterhandlung mit sämtlichen Herren herbeizuführen. Der Brauereibesitzer Oswald brachte es auch fertig, mit seinen Kollegen eine Sitzung zu veranstalten, an der auch die beiden Herren Grafen v. Geldern teilnahmen.

In später Nacht wurde die Verhandlung gepflogen, die aber an der Jugendlosigkeit und dem windigen Angebot der Unternehmer scheiterte. In zwei Brauereien (Graf v. Geldern und Dachbräu) betrug der Lohn monatlich 50 Mk. oder wöchentlich 11,58 Mk. oder täglich 1,65 Mk. ohne Kost. In den anderen Brauereien (Gäßl, Heber, Linnner und Oswaldbräu) bewegen sich die Löhne zwischen 3,50 Mk. bis 7 Mk. pro Woche mit Kost. Die Arbeitszeit ist täglich 14-16stündig. Die Herren Besitzer wollen 50, 60 und 65 Mk. Monatslohn, oder 11,53, 13,65 und 15 Mk. Wochenlohn ohne Kost, oder 5, 6 und 7 Mk. Wochenlohn mit Kost geben. Daß Arbeiter im Brauereibetrieb mit einem solchen Lohn nicht auskommen können, wird kein vernünftiger Mensch bestreiten wollen. Trotzdem die Vertreter der Organisation von ihren ursprünglichen Forderungen bedeutend zurückgegangen sind, so waren die Besitzer nicht zu bewegen, von ihrem Standpunkt abzugehen. So meinten die Herren Grafen v. Geldern, mit diesem Lohn könnten die Arbeiter wohl zufrieden sein. Eine Einigung kam nicht zu Stande. Die Herren wollten schon zu viel geboten haben. Daß die Arbeiter der Geduldssaden riß, ist leicht erklärlich, zumal Herr Gäßl schon immer sagte, die Kerle bräuchten nicht mehr.

Am Freitag, den 15. Februar, früh 7 Uhr legten sämtliche Brauer in fünf Brauereien einmütig die Arbeit nieder. Als die Bürger Pfarrkirchen davon Kenntnis erhielten, erklärten viele, man könne es diesen Arbeitern wohl nicht verdenken, wenn sie die Arbeit niederlegen, denn mit solchen Hungerlöhnen sei nicht auszukommen. Da in dieser Gegend der Brauereiarbeiterstreik großes Aufsehen erregt, war auch die h. Hermandad gleich zur Stelle und wollte die aufgestellten Streikposten einziehen. Erst als der Gauleiter den Herrn Wachmeister über § 152 der Gewerbeordnung aufklärte, holte er sich nähere Verhaltensmaßregeln am Bezirksamt ein. Die Streikposten konnten nun wieder aufgehen.

Herr Gäßl, der die Welt bereits haben will, meinte, die Leute sollten nur streiken, in einigen Tagen habe er Leute genug. Eine besondere Rolle spielt der Braumeister Mayer. Dieser Mann will überall Leute kapern. Er war es, der den Vertrauensmann hinausdrängte und dann jeden Arbeiter fragte, ob sich der Entlassene wohl ärgerte. Gerade dieser Herr war es, der durch sein solches Vorgehen die Organisation in Pfarrkirchen einsperrte. Die Kollegen in Pfarrkirchen werden dadurch nicht bestärkt, daß sie aus diesen Betrieben herausgegangen sind. Es ist aber Pflicht aller organisierten Brauereiarbeiter, diesen so schwer kämpfenden Kollegen ihr Solidaritätsgelübde zu befehlen. Denn gerade in solchen Orten ist der Kampf doppelt schwer. Dieser Kampf muß geführt werden, um die Arbeiter aus ihrem Elend zu befreien. — Der Brauereibesitzer Gäßl ludt in Passau Leute. An einen Brauer in Passau schrieb er folgenden Brief:

„Herrn M. !  
Haben meinem Braumeister geschrieben, daß Sie Ihre Stelle verändern wollen. Ich könnte Sie sofort brauchen, wenn Sie nicht organisiert sind, da in Pfarrkirchen die Brauer streiken. Lohn zahle ich pro Woche 8 Mk. mit Verpflegung und 6 Liter Bier, 17 Mk. pro Woche ohne Verpflegung und 6 Liter Bier. Ihre Frau kann hier als Haushälterin leicht Beschäftigung finden. Wenn Sie nicht organisiert sind, können Sie sofort eintreten; erliche aber, zu schreiben, mit welchem Zug Sie kommen.“  
Höflich grüßt Gäßl, Bierbrauer.“

Herr Gäßl will also schon bald den Lohn bezahlen, den die Streikenden verlangen. Wie fürsorglich er doch auch für die Frauen ist, daß er ihnen gleich einen Haushälterin verpricht! Organisierte Arbeiter aber will er nicht haben. Dies werden sich die organisierten Arbeiter wohl merken. Wäre Herr Gäßl nicht so rückwärtslos eigenmächtig, dann brauchte er nicht um Leute nach Passau zu schreiben. So aber kann Herr Gäßl mit seinem Braumeister um die Leute nach Passau schreiben. Also wird werden sich gewiß nicht nach Pfarrkirchen verirren. Zugung nach Pfarrkirchen ist fernzuhalten!

† **Regensburg. Tarifvertrag.** Zwischen der Obermünsterbrauerei und dem Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter wurde am 17. Januar ein für 2 Jahre gültiger Tarifvertrag abgeschlossen. Vereinzelt ist: Arbeitszeit 10 Stunden im Sommer, 9 1/2 Stunden im Winter, auch in der Mälzerei, Maschinen und Heizer haben 12stündige Präsenzzeit. Die Lohnerhöhung einschließlich der Wohnungsentbindung beträgt durchschnittlich zirka 3 Mk. oder für 22 Arbeiter 64,70 Mk. pro Woche. Ferner erhält jeder Arbeiter pro Tag 1 Mk. Biergeld — den Liter kann er für 20 Pf. kaufen — außerdem täglich 1 Flasche Freibier. Bei Landtouren über 20 Kilometer erhalten Bierfahrer 1 Mk. Für Sonntags-Du Jour erhalten Bierfahrer 1 Mk., die übrigen Arbeiter 1,50 Mk.

Ueberstunden an Sonn- und Feiertagen werden mit 50 Pfennigen bezahlt.

Urklaub mit Fortsetzung des Lohnes ist vorgelesen. Bei Krankheit wird vom 1. bis 15. Tage die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld bezahlt, und bei militärischen Leistungen bis zu 30 Tagen pro Tag 1 Mk.

Bei Differenzen wird ein Vertreter der Organisation zugezogen. Freies Koalitionsrecht. Regensburg, 17. Januar 1907.

Obermünsterbrauerei: Knifched. Für den Brauereiarbeiterverband: Schrembs.

† **Speyer.** Die Versammlung vom 16. Februar beschloß sich lediglich mit den Differenzen der „Storch-Brauerei“. Es wurde auf Vorschlag des Bezirksleiters beschlossen, den interessierten Parteien jede Woche einen Situationsbericht zugehen zu lassen, um diese stets auf dem Laufenden zu erhalten. In der Presse, wie in der Öffentlichkeit soll jedoch vorläufig alles vermieden werden, was Einfluß auf den Vollzug des Vergleichsabschlusses haben könnte. Bemerklich verbietet sich zu werden, daß die Macher des Häft- und Transportarbeiter-Verbandes unter der falschen Flagge „Verband der christlichen Brauereiarbeiter“ bereits am Mittwoch, den 13. Februar, eine Geschäfts-Versammlung mit den Arbeitern der „Storch-Brauerei“ betreffs wichtiger Besprechungen abgehalten haben und daß am Sonntag, den 17. Februar, eine zweite Versammlung der Christlichen tagte. Die Herren die stets bestrebt sind, im Trüben zu fischen, entdecken immer ihr Solidaritätsgelübde, wenn sie Verrat an ihren Arbeitsbrüdern verüben können. Allein der ausgebreitete Camer der Macher wird seine Freundschaft noch zeitigen. Jeder ehrliche Arbeiter muß empfinden, daß er in die Gesellschaft dieser Herren nicht hineingehört.

**Korrespondenzen.**

† **Ubersberg.** In der Brauerei zum Jungbräu, Besitzer Herr Huber, der ja sonst gut bekannt, legten vor kurzem 4 Kollegen die Arbeit nieder, weil sie von dem 14-jährigen Sohnen des Besitzers, der noch nicht auf den Tisch setzen kann, schikaniert wurden. Dieser Sohn seines Vaters bildete sich ein, die Arbeiter seien überhaupt nur deshalb da, daß man sie wie Hunde betrachtet. Als eines Tages ein Lehrling, der schon 2 Jahre dort war, es sich verbat, von diesem Henshopper mit allen Kosenamen angebeutelt zu werden, da lief dieser sofort zu seinem Vater und meldete ihm, daß die Brauereiarbeiter ihn schlagen wollten. Nun kam der Vater an die Kollegen heran, beschimpfte und bedrohte sie mit Schlägen (seinen Gummitorfschlägen hat dieser Brauereibesitzer immer bei sich) und ließ sie alle zusammen zum Teufel gehen.

Die Kollegen, welche einen Schundlohn von 3-5 Mark pro Woche und eine Arbeitszeit von 11-12 Stunden pro Tag hatten, ließen sich dies nicht zweimal sagen und verließen dieses Colorado. Nun war der Teufel los; man schimpfte über die Arbeiter weiter, daß sie so unverschämte wären und davon lachen usw. Fremde Geschäftsleute, die schwelmedelnd um den Herrn Huber herumtanzten, schimpften auch noch mit, und so war die ganze Stadt Ubersberg in Aufruhr gebracht.

In diese Stadt wird die Gewerbeaufsicht auch noch nicht hineingekommen sein. Es fehlt an den Unfallversicherungsmäßigkeiten; besonders bei diesem Herrn Huber bleibt viel zu wünschen übrig. Die Braugehelfen müssen zu zweit in einer Klappe schlafen, das Brauschiff lüftet jeder Beschreibung. Es wäre an der Zeit, daß auch in dieser niederbayerischen Gegend die Brauereiarbeiter sich anstrengen und gemeinsam der Organisation beitreten, um einmal menschenwürdige Zustände zu schaffen. Die Verfehlungsbehörde wird dort ebenfalls in großem Betrieb, so hatte dieser Jungbräu Ubersberg 2 Wurzeln und 2 Lehrlinge. Die beiden Lehrlinge, die schon beinahe 1 Jahr organisiert waren, zogen frohen Mutes hinaus in die Welt und freuten sich, daß sie schon organisiert waren.

Auch in Ubersberg, Siegenburg, Mainburg, Vohburg, Neustadt, Gelsenfeld, Niedenburg und Kelheim werden die Brauereiarbeiter einmal aus ihrem Winter Schlaf erwachen.

† **Dresden.** Sonntag, den 17. Februar d. J., fand im großen Saale des „Volkshauses“, die Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Hauptvorsitzenden Kollegen Georg Bauer. Bei Erläuterung des Tätigkeitsberichtes klarierte Kollege Klippel die Errungenschaften des verflohenen Jahres. Es dürfte wohl die Dresdener Zahlstelle noch nie ein so erfreuliches Bild gezeigt haben, als im Jahre 1906. Schon bei Beginn desselben wurde in zahlreichen Betriebs- und Kategorienversammlungen eine rege Agitation betrieben, um unsere Zahlstelle zu stärken und uns eine feste Grundlage zur Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

Das Ergebnis all dieser Tätigkeit der Ortsverwaltung war die Neuverlegung des Tarifs mit 12 Großbrauereien von Dresden und Umgebung und ein Mitgliederzuwachs von 344 Personen. Ferner wurden noch mit 4 Malzfabriken und 4 Kleinbetrieben Verträge vereinbart, welche gleichfalls den Arbeitern vorläufig zufriedenstellende Lohn-erhöhungen brachten.

Anschließend hieran gab Kollege Grimm den Kassenbericht. Die Einnahmen erwießen, daß auch dieses Jahr jedes Mitglied dazu beigetragen hat, unseren Kriegsfonds zu stärken und weitere Opfer für unsere gerechte Sache zu bringen. Auf Antrag der Revisoren erfolgte die Rechnungsprüfung der Jahresabrechnung.

Des weiteren wurde der Arbeitsnachweis einer scharfen Kritik unterzogen, indem die Ringbrauereien trotz der Einführung der 9 1/2stündigen Arbeitszeit sich nicht veranlaßt fühlten, Brauer definitiv einzustellen, sondern größtenteils Küchle befristeten.

In der Diskussion sprach der Gewerkschaftsgenosse Böhmer, Vertreter des Zentralverbandes der Handlungsgesellen, seinen Dank aus für die Unterstützung, die dieser Organisation durch die hiesige Ortsgruppe unseres Verbandes bei der Agitation zuteil geworden ist. Er rechnet auf ein weiteres erprobliches Zusammenarbeiten. Kaufmännisches und Arbeiterpersonal hätten als Arbeitnehmer gleiche Interessen, und es sei erfreulich, daß nimmermehr auch das kaufmännische Personal von seinem Koalitionsrecht Gebrauch mache. (Beifälliger Beifall.)

Nachdem die Neuwahlen erledigt, wurde nach einer Aufforderung des Vorsitzenden, die sogenannte „unparteiische“ Presse aus den Wohnungen zu verbannen und dafür der Arbeiterzeitung das Heimatsrecht zu geben und sich dem Konium und der Partei anzuschließen, die stark beluchte Versammlung geschlossen.

† **Karlsruhe.** Die am 27. Januar stattgefundene Generalversammlung war nur von 120 Mitgliedern besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der im letzten Jahre verstorbenen Mitglieder Stemmer und Henslich in üblicher Weise geehrt. Nach Verlesung des Kassenberichts gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Zurückgreifend auf die im Jahre 1896 erfolgte Schlappe erklärte Redner die langsam anwachsende Mitgliederzahl, die jetzt infolge der intensiven Agitation auf 552 gestiegen sei. Das Jahr 1906 kann für Karlsruhe als ein erfolgreiches bezeichnet werden, indem im ganzen 6 Tarife abgeschlossen werden konnten, durch welche unseren Mitgliedern ein jährlicher Mehrverdienst von 39.000 Mark, sowie eine Arbeitszeitverkürzung von 110.000 Stunden pro Jahr zugute kommen. Der größte Erfolg ist jedoch die rückhaltlose Anerkennung unserer Organisation als Vertreterin der Arbeitnehmer. Daß eine derartige Umwälzung viel Arbeit verursacht, ist leicht begreiflich und läßt sich wohl am besten durch Zahlen beweisen. So war der Vorsitzende resp. dessen Vertreter allein 12mal vorstellig resp. im Interesse des Verbandes tätig. Versammlungen wurden 112 abgehalten, Postfächer wurden 1647 abgehandelt. Bemerklich muß hierbei allerdings werden, daß der Vorsitzende vielfach den Gauleiter vertreten hat, wie in Pforzheim, Malsbader, Heidelberg, Stuttgart, Maulbronn, Gemersheim, Vörrach und Freiburg. Zum Schluß kritisierte der Vorsitzende noch scharf das Verhalten verchiedener Mitglieder nach dem Tarifabschluß sowie den Versammlungsbericht.

Nach längerer Diskussion wurde zur Neuwahl des Gesamtvorstandes geschritten, wozu als erster Punkt die Wahl eines befristeten Geschäftsführers vorgenommen wurde. Als Bewerber hatten sich hierzu die Kollegen Kant und Haack I. gemeldet. Nach einer

längeren, zum Teil sehr heftigen Diskussion wurde Kollege Mant mit 110 Stimmen gewählt, worauf die Generalversammlung wegen vor- geschrittener Zeit vertagt wurde.

Bei der am 17. Februar stattgefundenen Fortsetzung gedachte zunächst Kollege Mant in längeren Ausführungen unserer leider zu früh verstorbenen Hauptvorstandes Kollegen Bauer, worauf die Ver- sammlung denselben in der üblichen Weise ehrte. Bei der darauf folgenden Wahl wurden u. a. in das Agitationskomitee die Kollegen Götner, Haupter und Destricher, als Gauweiser Mant, König, Bandle und Destricher gewählt, letztere drei haben auch gleich- zeitig die Tätigkeit des Geschäftsführers zu beaufsichtigen. Beschlossen wurde ferner eine Präsenzliste einzuführen. Einem durch Krank- heit seiner Frau in v. geratene Mitglieder wurden aus der Solal- liste 50 M. bewilligt; für einen kranken Kollegen in Bruchsal sollen Sammellisten zirkulieren. Beschlossen wurde ferner noch, allmonatlich in Forchheim und in Turlach Versammlungen abzuhalten, um die dortigen noch zahlreichen Indifferenten dem Verbands zuzuführen.

Mürnberg. Zu der Versammlung am 13. Februar fanden sich, obwohl in einem Birkular noch besonders darauf hingewiesen wurde, 31 Mann ein; genau 5 Prozent der am Orte beschäftigten Kollegen. Die Anwesenden waren auch der Meinung, daß es eine Schande für die Mitgliedschaft Nürnberg sei, daß sie nicht einmal imstande ist, ihre Mittemittwochsstimmung zu bemessen und die Versammlung zu besuchen. Haben wir nichts anderes zu tun, als diesen maskierten Hanswürsten nachzulaufen? Oder haben die Mit- glieder aus den Vorortmitten der letzten Zeit, der Einbringung des Vorgesetzes über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, dieser Er- drösselungsverlage, aus den letzten Reichstagswahlen nicht gelernt, daß es heißt, Schulter an Schulter zu stehen und besser denn je zusammenzuhalten? Aus Anlaß dieses miserablen Besuches wurden auch nur die allerwenigsten Punkte erledigt. Eingang der Ver- sammlung gedachte der Vorsitzende unserer leider zu früh verstorbenen Kollegen Bauer und ehrte die Versammlung das Andenken des Ver- storbenen durch Erheben von den Sitzen.

Kritisiert wurde eine kürzlich durch die Presse gegangene Notiz, wonach der Verband deutscher Braumeister, soll wohl heißen Deutscher Brau- und Malzmeisterbund, in einer Preisaufrage die deutschen Verze aufgeföhrt hat, über die Hygiene der Brauereiangestellten Stoff zu sammeln und Vorschläge zur Verbesserung zu machen. In dieser Notiz wird auf die amtlich von Professor Guttmann hergeleiteten Zahlen verwiesen, welche ergeben, daß die Gesundheit der Brauerei- arbeiter gefährdeter ist, als die der Bergleute. Als Ursache hierfür wird in erster Linie das „Gepensete“ Freibier angegeben, welches noch dazu während der Arbeitszeit getrunken wird.

Obwohl wir Nürnberger unbedingte Anhänger der Freibier- abkühlung sind, sind wir doch zu pessimistisch, um zu glauben, daß die Freibierabkühlung das allein segnungsberechtigende Mittel sei. Obwohl bei uns die Freibierabkühlung schon seit 5 Jahren besteht, nehmen doch die Krankheitsfälle, speziell Lungenschwindsucht und Rheumatismus, in erschreckendem Maße zu. Wir sind der Meinung, die Mit- glieder des Bundes deutscher Braumeister sollten erst einmal in ihren Betrieben nachsehen, dann können sie, wenn sie noch Sinn für praktisches Arbeiten und guten Willen haben, viel zur Verbesserung der Hygiene der Brauereiarbeiter beitragen. Sie sollen in ihren Betrieben beispielsweise die Mälzer nicht mehr bei einer Temperatur von oft 45 bis 50 Grad Wärme die Darre abbleeren lassen, dieselben nicht ganz nagelgeschwitzt von der Darre auf den Schwelboden schiden, oder sie nicht mehr, um fünf Minuten Zeit einzusparen vom Darre abbleeren weg zum Gersten abtragen oder zum Gersten stehen auf die zugigen Gerstenböden schiden, sie sollen den Mälzern Zeit lassen zum Hausenwischen, anstatt zu verlangen, daß ein Mann einen Hausen von 185-200 Zentnern in 1 1/2 Stunde arbeitet. Sie sollen die Kellerböden nachts aufmachen, anstatt abends zu schließen und früh 5 Uhr wieder aufzumachen, daß es den Kollegen bis auf die Knochen geht. Ist es nicht eine Heuchelei, von den Verzten zu ver- langen, sie sollen Stoff sammeln zur Verbesserung der Gesundheit der Brauereiarbeiter, während man die Abteilungen abtaut ausgerechnet dann, wenn sie angeschlachtet werden, damit die Schläucher den ganzen Tag auf den nassen Fässern herumrutschen müssen? Welches Mittel sollen wohl die Verze empfehlen, um die vielen Verze, welche sich die Kollegen vorzugsweise beim Sacktragen und beim Heben schwerer Lasten zuziehen, hintanzuhalten? Die Abschaffung dieser Mißstände, welche noch ins Unendliche ergänzt werden könnten, ist geeigneter, den Gesundheitszustand der Brauereiarbeiter zu heben, als die Palliativmittelchen, welche von den Verzten erfunden werden sollen.

Über den Herren ist es auch garnicht darum zu tun. Man steht es ja an der Praxis. Ein theoretisch ausgebildeter Braumeister und ein Stab tüchtiger Antreiber, sog. Vorderburschen, von denen die meisten keinen Funken von sozialem Verständnis haben, und wenn sie es haben, es nicht in die Tat umsetzen dürfen, wollen sie nicht als ungeeignet zum Antreiber, pardon Vorderburschen gelten, dieses ist das Ideal der Brauereibesitzer samt ihren Braumeistern. Nämlich sich doch einer der letzteren von Unterstaunen, daß er jährlich 3000 Mark an Arbeitern einspare. Aus allen diesen Gründen wehren sich die Brauereiarbeiter entschieden dagegen, daß der Öffentlichkeit vorge- macht wird, das genossene Freibier wäre an allem schuld. Wir mußten uns lange genug gefallen lassen, wenn ein Kollege in den jungen Jahren sein Leben lassen mußte, daß es dann hieß, er habe sich zu Tode gelassen. Den Brauereiarbeitern allerorts möchten wir aber empfehlen, Statistiken zu führen über ihre Krankheitsverhältnisse, um zu sehen, wie mit ihrem einzigen kostbaren Gut, mit ihrer Arbeits- kraft Raubbau getrieben wird. Den Brauereiarbeitern Nürnbergs möchten wir aber den Rat geben, aufzuwachen aus ihrer lethargie, und die Versammlungen etwas besser zu besuchen.

Anmerkung der Redaktion: So zutreffend die wirklichen Ursachen der großen Zahl Erkrankungen und Unfälle der Brauerei- arbeiter hier geschildert sind, so ist die Notiz in der Presse, die Ver- anlassung dazu gab, infolgedessen falsch, als es sich bei dem Ausschreiben des Braumeister- und Malzmeisterbundes nicht um die Gesund- heitsgefährden der Brauereiangestellten, sondern der — Brau- weiser handelt.)

Passau. (Berichtigung.) In dem Bericht in voriger Nummer aber die bischöfliche Brauerei muß es an betreffender Stelle heißen: Ein Brauer, der 19 Jahre (nicht Tage) in diesem Eldorado stand usw.

Breese. Am 13. Januar, nachdem zuvor eine rege Haus- agitation seitens zweier Pöler und eines Breeseer Kollegen stattgefunden, sprach abends in der Versammlung Kollege Dehner-Kiel über Arbeit- geberverbände. Dehner erläuterte, wie die Arbeitgeber sich zusammen- geschlossen, wie sie Schutzverbände gegen Streikschäden und Boykotts in großem Maße gegründet haben. Solche Klugheit sei aber für die Arbeiter eine ernste Mahnung, auf der Hut zu sein und sich auf größere Kämpfe gefaßt zu machen, denn hinter jenen Streikvor- bereitungen der Unternehmer stehe die Absicht, die Organisation der Arbeiter und damit jeden Widerstand der letzteren zu brechen. An- gefichts der wirtschaftlichen Lage infolge der Verteuerung der Lebens- mittel bedarf daher notwendiger denn je die Arbeiterklasse der ge- werkschaftlichen Organisation. Niemals waren die Arbeitgeber so kriegerischer und so rasch bereit, die Arbeiter auszusprengen, zu brutalisieren, wie jetzt. Nicht mit allen „unberechtigten“ Arbeiter- forderungen und mit jeder Arbeiterorganisation. Das ist die Parole der Scharfmacher, welche jede Verhandlung mit Gewerkschaftsleitern, jede Vertragsschließung mit Gewerkschaften ablehnen. Den Arbeiter seiner Vertretung, seines Rückhalts zu berauben, ihn als Einzelnen zum willenlosen Werkzeug, zum ohnmächtigen Lohnsklaven herabdrücken, das ist das Ziel der Arbeitgeber. Die Arbeiter jedoch werden dadurch angepornt, zu ihren Gewerkschaften und deren Errungen- schaften zu stehen und dieselben bis zum äußersten zu verteidigen. Dehner verweist auf den Standpunkt des Scharfmachers Kirdorf, welcher auf der Mannheimer Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik folgendes erklärte: „Ich lehne es auch ab, mit christ- lichen Gewerkschaften zu verhandeln, denn ich halte dieselben für noch viel gefährlicher als die sozialdemokratischen; während diese wenigstens offen sagen, wohin der Weg geht, kämpfen die christlichen unter falscher Flagge, sie kämpfen unter dem Deckmantel des Christentums. Diese christliche Fassade an die christlichen Gewerkschaften bedingt und

daß die Unternehmer jede Art von Arbeiterorganisation mit gleichem Hesse verfolgen, möge sie heißen, wie sie wolle. Er forderte deshalb die Anwesenden auf, soweit sie nicht schon Mitglieder sind, einzutreten in die gewerkschaftliche Organisation; wer seine Pflicht nicht erfüllt, schädige sich und seine Familie, seinen Beruf und den ganzen Ar- beiterstand. Start und einheitlich müsse die Organisation sein, um dem Arbeitgeber Respekt einzuflehen.

Jahresbericht des Gau 3 (Sitz Leipzig).

In der Berichtszeit, die diesmal 1 1/2 Jahr umfaßt, ist die zu bewältigende Arbeit wieder eine große gewesen. Sind auch große Kämpfe nicht zum Ausbruch gekommen, so hat es doch an Feind- schäften seitens einzelner Unternehmer nicht gefehlt. Mit Recht und Polizei glaubte ein Teil dieser Herren das Streben der organi- sierten Arbeiter niederhalten zu können. Erreicht haben sie dabei nur, daß alle Welt in Erfahrung brachte, daß ihnen ein klein wenig soziales Verständnis noch nicht eigen ist.

Mit der allen organisierten Arbeitern bekannten Scharfmacher- ede Magdeburg konnten wir den vorjährigen Bericht schließen und mit der Nachbarstadt Sonneberg a. d. Elbe kann der diesjährige beginnen. Dort versuchte im letzten Quartal des vorigen Jahres ein Teil der Arbeiter der Kaiserbrauerei, die überaus rück- ständigen Verhältnisse zu bessern, vor allem ein gerechtes Ein- stellungsweisen zu erzielen. Beim Braumeister Kluge war nur an- gesehen, wer sich der Bundes-Schmidt in Magdeburg die Beschlei- gung als rascherreines Bundesmitglied geholt hatte. Für alle Miß- liebigen hatte Herr Kluge ein gutes Mittel, um sie los zu werden: er deportierte sie einfach nach Sibirien, pardon, nach Salze in die Mälzerei. Dort erfreuen sich die Verdächtigen seitens des Obermälzers einer ganz besonderen Aufmerksamkeit, und nach Beendigung der Kampagne hatte dann Herr Kluge zu seinem „Bedauern“ keine Arbeit mehr für sie. Der Herr Geheimrat meinte einmal: „Jedes Geschäft muß seine bestimmten Grundsätze haben.“ Wir nehmen nicht an, daß damit gemeint war, daß die Organisation um keinen Preis gelitten werden darf. In neuerer Zeit scheint es darin auch etwas besser geworden zu sein.

Dem vielfachen Millionär, Stadtrat und Brauereibesitzer Dettler in Leipzig ist die Organisation schon seit jeher ein Greuel und mußten die zweifelhaftesten Gründe herhalten, um organisierte Arbeiter aus dem Betriebe zu bringen. Die Öffentlich- keit wurde dann mit „freiwilligen Erklärungen“ der Arbeiter beglückt, deren in dem Millionärentor schon mehrere fabriziert wurden; beide, Herr Dettler und sein Braumeister Adams, haben schon Übung darin. Als alles nichts half, ließ der Herr Stadtrat zum Kabi, und das Landgericht sowie das Oberlandesgericht in Raumburg gab seinem Antrage, eine einstweilige Einhaltungsverfügung zu erlassen, statt und erklärte, der Boykott sei „wider die guten Sitten“. Wie fittlich erhaben steht solchen Boykottländern gegenüber ein Millionär, der seinen Arbeitern die ihnen laut § 152 der Gewerbeordnung zu- stehenden Rechte vorenthält.

Was in der Provinz Sachsen recht ist, ist im Königreich Sachsen billig, dachte Herr Brauereibesitzer Hänel in Glaucha u. und versuchte dasselbe, doch hatten die löblich schättsichen Richter hierfür weniger Verständnis, denn sie wiesen die fünf einstweiligen Ver- fügungen des Herrn Hänel kostenpflichtig ab und mußte er den Chemnitzer Tarif anerkennen. Zwei nicht wieder eingestellte Arbeiter erhielten einer 300 Mark, der andere 150 Mark Entschädigung.

„Um Ruhe im Geschäft zu haben“, verlangte Herr Brauerei- besitzer Moser, Kreuzbergbrauerei in Dederan, als ihm ein neuer Tarif eingereicht wurde, daß „keine Leute“ aus dem Verbands austreten. Ihm scheint es Dr. Kreuzbauer angehan zu haben, denn in einer „Nichtigstellung“ verkündete er der staunenden Menschheit, daß der Tarif „eine Schraube ohne Ende“ sei. Der Kampf dauerte vom 17. November 1905 bis 13. Juni 1906 und endete mit dem Siege unsererseits.

Zu einem längeren Kampfe kam es in Frankenhause n. A. v. f. h. durch ungeschicktes Eingreifen seitens unbeteiligter bürger- licher Personen. Um den verhafteten organisierten Arbeitern eins auszuweisen zu können, glaubten die Herren Reichsverbändler sich alles in bürgerlichen Mänteln leisten zu können. Da über diese Ange- legenheit genügend in unserer Presse geschrieben wurde, soll von einem weiteren Eingehen hier abgesehen werden. Nur soll gesagt sein, daß nach dem für uns zufriedenstellenden Friedensschluß die Wut des Bürgertums soweit ging, daß einer ihrer Schützlinge sich beleidigt fühlte und Straf Antrag gegen mich stellte. Das Amtsgericht Frankenhause n. bewertete die ramponierte Ehre Gleich- mütts auf 300 M. Selbstverständlich ist gegen dieses unhaltbare Urteil Berufung eingelegt.

Auf der Brauerei „Storchshöhe“ zu Oschersleben glaubte der neue Braumeister mit organisierten Arbeitern nicht arbeiten zu können, ergo mußten die Hauptaufseher heraus, dem übrigen Personal wurde ein Revers zur Unterschrift vorgelegt, wor- mit sie die Maßnahmen gegen die Brauereileitung für Unrecht er- klären sollten. Dies geschah natürlich nicht und kamen auch hierbei Entlassungen vor. Bei einer Rücksprache hierüber mit dem Syndikus Herrn Nagel in Magdeburg erklärte mir dieser: „Die Arbeiter hätten das ruhig unterschreiben sollen, wenn sie auch nicht ganz so dachten.“ Wie bekannt, wurden gegen Kollegen Bauer die beliebtesten „einstweiligen Verfügungen“ beantragt, doch mußten sie vom Landgericht Hannover abgewiesen werden, weil man den Un- rechten erwidert hatte. Bauer hatte mit der ganzen Sache nichts zu tun. Im November wurde durch Vertrag zwischen dem Kollegen Bauer und dem Verein Magdeburger Brauereien die Angelegenheit erledigt.

Hiermit dürfte der Beweis erbracht sein, daß es an Angriffen auf die Organisation nicht gefehlt hat und mancher Tag für die nötige Gegenwehr aufgewendet werden mußte.

Trotz aller dieser Kämpfe ist es auch wieder gelungen, eine ganze Reihe Tarife abzuschließen, und zwar sind im 4. Quartal 1905 an 4 Orten mit zusammen 5 Betrieben solche vereinbart worden. Das Jahr 1906 brachte uns an 26 Orten mit 45 Betrieben tarif- liche Vereinbarungen. Hierbei sind 16 Orte und 22 Betriebe mit neuen Tarifen zu verzeichnen, während an den noch übrigen 15 Orten die schon bestehenden, aber abgelassenen Tarife erneuert wurden.

Mit den Brauereien in Sonneberg a. T. wurde am 6. Mai 1906 vereinbart, daß bis 1. Mai 1907 pro Mann und Woche 1 M. Teuerungszulage gewährt wird und der abgelassene Tarif bis dahin in Geltung bleibt. Man wollte sich erst darüber vergewissern, in welcher Weise die drohende Brauereifur ausfällt. Inzwischen hat man diese Gewissheit erlangt und dürfte nunmehr einem neuen Tarif- abschluss nichts entgegenstellen.

In Koburg sind, ohne daß ein Tarifabschluss zustande kam, verschiedentlich Lohnaufbesserungen erfolgt. Hier machen es sich die Brauereien leicht, um eine Anerkennung des Tarifes herumzukommen. Geht man an die Altenbrauerei, so verweist diese auf ihre an sich schon besseren Verhältnisse und glaubt, daß die übrigen Geschäfte es ihr gleich tun möchten. Werden dann die übrigen Brauereien ange- gangen, so erklären diese, wenn wir die Konkurrenz der Altenbrauerei nicht und auch 25 Prozent Dividende hätten, gäben wir noch mehr. Grund zu allen diesen Ausreden gibt aber nur die unterantwortliche Gerechtigkeit und Gleichgültigkeit der Brauereiarbeiter an Orte. Würde diese endlich beiseite getan, so würden auch solche vage Aussprüche aufhören. Früher verschanzten sich die Koburger immer hinter die Mähe der unorganisierten Bayern, jetzt ist ihnen auch diese Ausrede genommen, denn die nahen Bayern sind besser organisiert als die Koburger. Hoffentlich tun sie es diesen nun bald gleich.

Außer Tarifen sind noch in Glaucha, Dederan, Frankenhause n. und Oschersleben vertragliche Verein- barungen abgeschlossen worden.

Die beliebte Kabelepolitik der Arbeitgeber machte in 41 Fällen ein Eingreifen bei Maßregelungen notwendig. Mitgerechnet sind hierbei nicht die Entlassungen bei dem Bierkrieg infolge der Bierpreisrückgehungen und die vielen Fälle, die in den größeren Zög- stellen durch die betr. Zögstellenleitungen selbst geregelt werden. Die große Zahl dieser unliebsamen Erscheinungen spricht deutlich für das „gute Einbernehmen“ zwischen Arbeitgeber und Arbeiter

Versammlungen und Besprechungen wurden an 125 Orten 289 abgehalten und machte sich außerdem die Mitwirkung bei Lohn- bewegungen in 35 Orten mit 64 Betrieben geltend.

Zahlstellen wurden gegründet in Jlimenau, Salungen und Langenfalza. Wo es irgend angängig, sind die neugewonnenen Mit- glieder den naheliegenden größeren Zahlstellen angegeschlossen worden, um dem Unternehmertum nicht gleich eine Reibfläche mit der jungen Organisation zu bieten.

Für Orientierungen und Besprechungen waren notwendig 103 ganze Tage und 59 halbe, und wurden hierfür verausgabt 613,45 Mark für Fahrgehd und 1078,50 M. für Diäten.

Für Lohnbewegungen und Differenzen sind 125 ganze und 83 halbe Tage beansprucht worden, und kosteten uns diese an Fahrgehd 643,50 M. und Diäten 1128 M.

Die Korrespondenz erforderte 977 Briefe und Karten, 140 Druck- sachen, 28 Telegramme und 23 Telefongespräche, wofür 149,42 M. in Verdrat kommen.

Für Abonnements, Drucksachen, Material und Sonstiges wurden 88,07 M. ausgegeben.

Das Berichtsjahr stand zu Anfang unter dem Zeichen der Proteste gegen die drohende Brauereifur. Man war sich wohl be- wußt, welche Folgen diese für die Brauerarbeiter haben könne und hat sich hierin auch nicht getäuscht. Die Ausgaben der Brauererei- arbeiter stiegen infolge der ungerechten indirekten Steuern und Zölle täglich und werden die Lohnaufbesserungen durch diese Steuerer- höher aufgezehrt. Kommt jedoch der Arbeiter an seinen Arbeit- geber heran, so rechnet dieser ihm zahlenmäßig noch, wie viel er jetzt Steuererhöhung zu zahlen hat und verdrückt ihn durch solche Exempel abzuspeisen. Die eingetretene Bierkrise haben es denn auch bewiesen, daß es gerade wieder die organisierten Brauererei- arbeiter hülfen sollten. Meinten doch die Chemnitzer Brauerereifur und Direktoren: „Freilich entlassen wir die Organisierten bei Ar- beitsmangel, denn die anderen können doch nichts dazu. Also, weil die Organisierten Zeit und Geld für Protestversammlungen auf- gewendet haben, Vertreter in den Reichstag schicken, welche gegen jede indirekte Besteuerung kämpfen, die Unorganisierten dagegen vollständig gleichgültig der Gefahr gegenüberstehen, mußten sie in Schutz genommen werden, „weil sie nichts dafür konnten“. Vielleicht ist hier die Frage erlaubt, woher auf einmal die genaue Kenntnis kam, wer organisiert oder wer nicht organisiert ist. Allgemein erklären doch immer die Arbeitgeber, daß sie überhaupt nicht wissen, wer organisiert ist und man kümmer sich auch nicht darum.

Doch auch hier können wir freudig erklären, daß wir keinen Schaden gelitten haben, im Gegenteil, gerade durch solche Ereignisse ist bei vielen die Erkenntnis richtig festgewurzelt, daß man nicht auf jene langen und teuren Dienste bauen darf, sondern seine einzige Stütze in der Organisation suchen muß und auch dort findet.

Kollegen! Mit dem Fortschritt der letzten Zeit können wir zu- frieden sein, unsere Reihen sind erheblich gestärkt, unser Einfluß ist dem Unternehmertum gegenüber erheblich gewachsen und können wir mit aller Zuversicht der Zukunft entgegengehen.

E. Stöckler.

Gau 6.

Am 2. März Beginnend, wird durch das rheinisch-westfälische Industriegebiet eine Agitationstour unternommen, und finden die Versammlungen wie folgt statt:

Am 2. März in Duisburg, 8 1/2 Uhr, im „Gambirius“, Friedrich- Wilhelmstraße.

Am 3. März in Düsseldorf, 11 Uhr, bei Kemper, Neubrück- straße 12.

Am 3. März in Köln, 4 Uhr, im Volkshaus, Severinstraße.

Am 4. März in Mülheim a. Rhein, 8 1/2 Uhr, im Kreuzerbräu, Wallstraße 56.

Am 5. März in Solingen, 8 1/2 Uhr, bei Ern. Kaiserstraße.

Am 6. März in Sagen, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Welling- hausstraße.

Am 7. März in Unna, 8 1/2 Uhr, bei Jung, Morgenstraße.

Am 8. März in Hamm, 8 1/2 Uhr, bei Winkler, Königstraße 34.

Am 9. März in Gelsenkirchen, 8 1/2 Uhr.

Am 10. März in Dortmund, 10 1/2 Uhr.

Am 10. März in Essen, 4 Uhr, bei van der Boe, Schützenbahn.

Am 11. März in Bochum, 8 1/2 Uhr.

Als Referent ist durch den Hauptvorstand der federführende Vorsitzende Kollege Martin Egel bestimmt worden.

Das Thema für alle Versammlungen lautet: Das unaufhaltbare Vorwärtsschreiten der Tarif-Bewegung in der Brau-Industrie.

Den Zahlstellen-Verwaltungen obliegt nunmehr die Pflicht, durch Handzettel und Agitation von Mund zu Mund für die Ver- sammlungen genügende Propaganda zu machen. Einladungen der Adressatenglieder und Anregung zum Ver- sammlungsbesuch ist für alle Orte dringend empfehlenswert. Nur durch intensive Tätigkeit können die Versammlungen zum wirksamen Erfolg ausfallen.

Der Gauvorstand. F. W. B. Frank.

NR. Die Versammlungslokale für die Orte Gelsenkirchen, Dortmund, Bochum werden in der nächsten Nummer bekannt gemacht.

Rundschau.

Wieder ein Bierfahrer erstoren. Bei der letzten strengen Kälte ist der Bierfahrer Sahnfeld von der Brauerei Kaufmann in Wolbenberg bei der Heimfahrt auf seinem Wagen erstoren. Die Wiederbelebungsversuche waren erfolglos, da ein Arzt erst verhältnismäßig unständlich herbeigeholt werden konnte. So lautet die kurze Meldung in der Tagespresse.

Also erstoren im Dienste des Unternehmers! Und selbst wenn die Wiederbelebungsversuche erfolgreich gewesen wären, wäre der Kollege ein vollständiger Krüppel geblieben.

Die tieferen Ursachen dieses traurigen Falles werden nicht ge- meldet. Leicht erklärlich. Wir wollen sie aufzählen: Schlechte Entlohnung, zu lange Arbeitszeit. Der Kollege wurde zu schlecht entlohnt, er konnte sich weder genügend nähren, noch die nötigen warmen Kleidungsstücke beschaffen. Hungerig, schlecht gekleidet, lag er seinem Dienste in der Kälte ob. Und wie lange war sein wenig widerstandsfähiger, schlecht genährter und schlecht be- kleideter Körper der Kälte ausgesetzt, wie lange hat seine Tour ge- dauert? Sicher bis in den späten Abend, womöglich in die Nacht hinein, wie es ja bei den Landfuhrern besonders Mode ist.

Es ist auch bei diesem nicht der erste Fall, daß Bierfahrer durch Erfrieren im Dienste ihren Tod gefunden haben. Und alle diese bisher bekannt gewordenen Fälle ereigneten sich in den Gegenden mit den schlechtesten Lohn- und Arbeitsverhält- nissen. Ein Beweis, daß diese Kollegen nicht der Kälte, sondern der Ausbeutung zum Opfer gefallen sind. So wird mit Menschenleben umgespielt, so werden Familien elend gemacht.

Wir klagen diese Unternehmer an, den Tod dieser Kollegen ver- schuldet zu haben. Und wir rufen die Bierfahrer auf zum Kampfe gegen diese Ausbeutung, deren Opfer schon mancher von den Kollegen geworden ist.

Wie wenig Einsicht die Unternehmer zeigen, trotz solcher greifbar aus dem langen Arbeitsverhältnis heraus entstandener Todesfälle, wie schwer es fällt, für die Bierfahrer eine geregelte Arbeitszeit durchzusetzen, zeigen die schweren Kämpfe, die der Brauerarbeiter- verband gerade wegen dieser Forderung mit dem Unternehmertum schon ausgefochten hat. Daß der Erfolg solcher Kämpfe, die Be- mühungen des Verbandes nicht immer befriedigend waren, lag daran, daß viele Bierfahrer der Organisation fern standen, lag an der Un- eignigkeit, an der Zersplitterung. Aber gerade solche Fälle sind dazu geeignet, die Bierfahrer aufzupeitschen zum engeren Zusammenfluß, zum Anschluß an ihre Organisation, den Brauerarbeiterverband, um bei zukünftigen Forderungen in dieser Richtung in Gemeinschaft mit den übrigen Brauerarbeitern Wandel schaffen zu können. Die auf solche Weise im Dienste des Unter- nehmertums, infolge ihrer langen und unregelmäßigen Arbeitszeit und

